

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

263 (10.11.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 7 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 7 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abholern abgeholt 6 M monatlich. — Einzelnummer 30 Pf. Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftsstelle n. Redaktion: Luisenstr. 21. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einseitige Kolonizette 140 M. Die Melamette bei Werbungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 9 Uhr vormittags für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Reparationskommission in Berlin

Am 10. Nov. 10. Nov. Gestern abend ist die Reparationskommission in Berlin eingetroffen. Den Vorsitz hat ein Franzose. Der Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, ist von der Information gefragt worden. Dubois erklärte, daß der Zweck der Reise in einer Prüfung der deutschen Lage bestehe und daß der Aufenthalt der Kommission in Deutschland 8-10 Tage, wahrscheinlich aber länger, dauern werde. Die Kommission werde ihre Entscheidung in Berlin treffen und nicht die Rückkehr nach Paris abwarten, um Entschlüsse zu fassen und sie offiziell mitteilen.

Die Reparationsfragen

Bericht der englischen Delegierten

Mr. Pandon, 9. Nov. Gestern abend traf in der Reparationskommission die englischen Delegierten, John Bradburn, über das Wiesbadener Abkommen ein. Es heißt darin, daß dieses Abkommen Deutschland eine Last auferlege. Deutschland glaube zwar, die Beschaffung ausländischer Devisen selbst mittels einer mehr als gleichwertigen Verpfändung, die durch die Ausfuhr von Waren erhöht werden könne, sie zu erleichtern. Die hinzugekommenen Lasten seien jedoch so groß, daß Deutschland sie nicht ohne Schaden tragen könne. Auf die Bezahlung der ersten Rate von einer Milliarde Goldmark sei eine starke Entwertung der Mark eingetreten. Die Bezahlung der übrigen Raten könne noch nicht als gesichert angesehen werden. Die Folgen des Wiesbadener Abkommens könnten sein, daß in der Verteilung der verfügbaren Reparationen für einen sehr beträchtlichen Reichtum eine Veränderung zugunsten Frankreichs erfolge. Es sei darum folgende Rücksicht nötig, die John Bradburn zusammen mit amerikanischen, italienischen und belgischen Kollegen in der Reparationskommission vorgeschlagen habe:

1. Es soll eine Zeitgrenze festgesetzt werden, nach deren Ablauf keine neue Aufschüßung des deutschen Debets gestattet werden soll. Dieser Zeitraum soll das Jahr 1922 nicht überschreiten.
2. Es soll der Gesamtbetrag der aufgeschobenen Debets Frankreich gegenüber etwa 4 Milliarden Goldmark nicht überschreiten.
3. Frankreich soll von Zeit zu Zeit für das allgemeine Reparationskonto Beträge einzahlen, um den anderen Alliierten ihren Anteil an den von Deutschland geschuldeten Beträgen zu sichern.

23 000 Bienenstöcke an die Entente

Berlin, 9. Nov. Die „Tageblatt“ aus Hannover meldet, daß dort die Zentral-Imkervereinschaft den ersten Ablieferungstransport von Bienenstöcken an die Entente zusammenstellt. Der Zug hat Hannover mit 23 000 Bienenstöcken in Richtung St. Wood verlassen. Eine französische Kontrollkommission hat die Uebernahme der Bienenstöcke überwacht. Ein zweiter Transport wird im kommenden Frühjahr abgehen.

Vorschlag auf die Reparationszahlungen

Am 10. Nov. 9. Nov. Der „New York Herald“ meldet, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung einen sofortigen Vorschlag von 100-200 Millionen Goldmark auf die am 15. Januar fällige Zahlung fordern wird. Das Blatt ist überzeugt, daß Deutschland diesen Vorschlag zahlen kann. Das Garantiefomitee erhob von der deutschen Regierung genaue Mitteilungen über die Einnahmen des deutschen Reichs, worauf die Kommission sich veranlaßt sah, diesen Vorschlag von der deutschen Regierung zu verlangen und darauf zu dringen, daß diese Zahlung eher erfolge, als die Gehaltsaufbesserung der Beamten und die höheren Dividendenzahlungen von industriellen Unternehmungen, an denen die Regierung interessiert sei. Die Reparationskommission ist durch strenge Maßnahmen beruhigt, falls sie zu der Feststellung kommen sollte, daß Deutschland sich seinen Schuldzahlungen entziehen wolle, bevor sie noch diese Maßnahmen ergreift, wolle sie Repressalien mit Industriellen, Politikern, Finanzleuten und Regierungsstellen abhalten. Man glaubt, daß die Reparationskommission drei Wochen in Berlin bleiben wird.

Keine Herabsetzung der Besatzungskosten

Am 10. Nov. 9. Nov. Die Mütter bringen seitenslange Kommunikationen der Pariser Sachverständigenkonferenz für die Herabsetzung der Besatzungskosten im Rheinland. Der ganze Inhalt dieser langen und gewundenen Mitteilungen ist der, daß die Alliierten sich nicht einigten. Die Mitteilungen unterlassen vorsichtigerweise, bekannt zu geben, wie groß die Besatzungskosten für das Jahr 1921 gewesen sind und unterlassen es nach verlässlicher, zu sagen, wie groß sie im nächsten Jahre sein werden. Eines nur wird gesagt, daß die Anregung gemacht worden sei, die Kosten um ganze 22 Millionen Goldmark herabzusetzen. Man kann es sich nicht verlagern, daß Resultat dieser dreiwöchigen Konferenz ein klägliches Fiasko zu nennen. Ganz unverkennbar geht aus dem ausführlichen Wortlaut hervor, daß die einzelnen Entente-regierungen sich nicht entschließen konnten, durch eine entschlossene Herabsetzung der Garnisonen im Rheinland eine wirkliche Herabsetzung der Besatzungskosten zu ermöglichen.

Heimkehr aus Rußland

Am 10. Nov. 9. Nov. Die Reichszentralstelle für Kriegsgefangene teilt mit: Im Hafen von Swinemünde ist gestern der Dampfer „Anonim“ mit 516 Heimkehrern aus Rußland eingetroffen. Von diesen sind 29 ehemalige Kriegsgefangene und 382 Zivilgefangene Reichsdeutsche aus der Ukraine.

Geistlicher Rat Wacker †

Am 9. Nov. 9. Nov. Geistlicher Rat Wacker, der langjährige Führer der badischen Zentrumspartei, ist heute mittag in hohem Alter von 76 Jahren an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben.

Mit Wacker ist ein Mann dahingegangen, der in der Geschichte der badischen Politik eine hervorragende Rolle gespielt hat. 1869 zum Priester geweiht, war der Verstorbene zuerst einige Jahre Kaplan in Konstanz, wurde dann Benefiziumsvertreter in Freiburg und im Jahre 1883 Pfarrer im Freiburger Stadtteil Jähringen, wo er bis in seine letzten Lebensjahre hinein seelsorgerisch tätig war. Wacker trat sehr früh in das politische Leben ein. Als Kapla: arbeitete er in den katholischen Vereinen und in den Zeitungen des Zentrums und wurde 1879 im Wahlkreis Staufer-Freiburg-Land in die zweite Kammer gewählt, der er mit einer Unterbrechung von 5 Jahren bis 1902 angehörte. Sein Eintritt vom parlamentarischen Leben bedeutete aber nicht denjenigen vom politischen. Hier behielt er die Führung bis in die allerletzten Jahre, wo ihn sein Gesundheitszustand — so hieß es wenigstens — zwang, sich immer mehr in die Stille zurückzuziehen. Auffallenderweise fiel dieser angebliche gesundheitsliche Zusammenbruch mit Differenzen zusammen, die er mit Rom wegen seiner Lungen-erkrankung in einer Schrift bezüglich der christlichen Gewerkschaften bekommen hatte. Wacker vertrat die Essener Richtung, während Rom die Berliner Richtung propagierte und wollte die Essener Richtung als Zentralpunkt verdammt. So kam es, daß eines Tages die Zentralkongregation die betreffenden Schriften Wackers verbot und Wacker zum Widerruf aufforderte. So war wenigstens damals in den „acta sedis apostolicae“ zu lesen. Darüber, wie die Sache ausgefallen ist, hat man nichts mehr gehört. Wahrscheinlich hat er widerrufen, denn Rom duldet keinen Widerbruch.

Die Revolutionsfeier in Berlin

Am 10. Nov. 9. Nov. Die Feier des dritten Jahrestages der Revolution ist in Berlin in jeder Beziehung ruhig verlaufen. Nachmittags um 2 Uhr verließen die Arbeiter ihre Betriebe und begaben sich in geschlossenen Zügen nach sechs verschiedenen Plätzen, wo Ansprachen gehalten wurden. Die Beteiligung an den Versammlungen und Umzügen war schwach. Man schätzte die Zahl der Demonstranten auf höchstens 7000. Abends fanden in etwa 20 lokalen Versammlungen unter Teilnahme von Familienmitgliedern statt.

Internationale Arbeitskonferenz

Am 10. Nov. 9. Nov. Die internationale Arbeitskonferenz trat am Mittwoch vormittag in die Diskussion des Berichts des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes über seine Tätigkeit bei der Konferenz von Washington ein. Hierbei entspann sich eine große Debatte über die Verpflichtungen, die sich für die Staaten aus den Konventionen und den Bestimmungen des Friedensvertrages ergeben. In einer längeren Rede umschrieb Albert Thomas die Verpflichtungen der Staaten namentlich in Bezug auf die Ratifikation der Konventionen von Washington. Er wies auf die Schwierigkeiten, die dem internationalen Arbeitsamt dadurch erwachsen, daß eine große Zahl von Staaten die Konventionen noch nicht ratifiziert hat, obwohl ihre Delegationen an den Konferenzen und den Konventionen zugestimmt hätten. Er befürwortete unter den gegebenen Umständen die bündigste Ratifikation, nach welcher ein Land das Recht hat, eine Konvention zu ratifizieren unter der Bedingung, daß die Ratifikation erst von dem Tage an gilt, an dem dieses oder jenes andere Land die Konvention ebenfalls ratifiziert hat.

Am 10. Nov. 9. Nov. Die internationale Arbeitskonferenz genehmigte am Montag nachmittag einstimmig mit 74 Stimmen den ersten Teil der Empfehlung betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit. Darauf wurde der zweite Teil der Empfehlung, der sich auf den an das internationale Arbeitsamt periodisch einzuliefernden Bericht bezieht, mit 65 Stimmen angenommen. Hierauf wurde die Debatte über den Konventionenentwurf betreffend die Versicherung gegen Unfall eröffnet. Der Entwurf lautet: Jedes Mitglied der internationalen Arbeitsorganisation verpflichtet sich, die Anwendung der Gesetze und Reglements, die die Entschädigung eines Unfalles, der durch die Arbeit oder bei der Arbeit eingetreten ist, zum Gegenstand habe bei allen auf seinem Gebiete beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitern anzuwenden. Der Entwurf wurde mit 73 gegen 10 Stimmen angenommen, worauf die Verhandlungen auf Dienstag vertagt wurden.

Die „französische Wacht am Rhein“

Am 10. Nov. 10. Nov. In der „Lanterne“ wird eine Betrachtung über die Kosten der Rheinarmee angestellt, die mit 480 Millionen Franken in das Budget für 1922 eingestellt ist. 30 414 Offiziere und Soldaten halten die Wacht am Rhein, die zahlenmäßig wie folgt verteilt sind: 33 Generale, 616 Offiziere höheren Grades, 2822 Offiziere geringeren Grades, 1921 Unteroffiziere, 10 350 Korporale und Gefreite und 85 678 Soldaten. Die „Lanterne“ ironisiert: Es ist ja bekannt, daß wir nach der Beendigung des Krieges in der Armee viele Generale haben, mit denen wir nichts anzufangen wissen. Schickt man deshalb so viele Generale ins Rheinland?

Die lothringischen Salinen

Am 10. Nov. 9. Nov. Mehrere Zeitungen berichten, daß die Lothringische Salinindustrie vollständig zusammengebrochen sei. Außer dem berühmten Solbad wurden nunmehr auch die Salinenwerke Illgeleg und Laviende von Arbeitern auf unbestimmte Zeit entlassen. Die Ursache des Zusammenbruchs ist darauf zurückzuführen, daß es der Lothringische Salinindustrie nicht gelungen ist, einen Ersatz für die verlorenen deutschen Absatzgebiete zu schaffen.

Gedanken zur Bodenpolitik

cand. med. W. Gebhardt

Jedem, der heute eine praktische und positive Politik treiben will, drängt sich immer wieder die Frage der Regulierung des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie unter besonderer Berücksichtigung der derzeitigen allgemeinen Lage Deutschlands auf. Man muß sich nun endlich einmal, nachdem durch den verlorenen Krieg und den Umsturz ein Umkehrpunkt zugunsten der Landwirtschaft eingetreten ist, darüber klar werden, wie man den gewalttätig herbeigeführten Ausgleich zwischen den beiden großen Kontrahenten des Wirtschaftslebens durch eine Reform in geregelter und staatsfördernde Bahnen lenken kann. Vor dem Kriege war zweifellos die Industrie zur Trägerin unseres Wirtschaftslebens geworden. Die Hungerblockade des Krieges und auch die Nachkriegsverhältnisse haben aber wohl mit einem jeden Einsichtigen gezeigt, daß nun Deutschland auf die agrare Seite seines Wirtschaftslebens doch etwas mehr Wert legen muß, eine Sache, in der vor dem Kriege in geradezu unverantwortlicher Weise gesündigt wurde.

Dabei handelt es sich gar nicht um die Frage, ob Deutschland ein reiner Agrarstaat werden solle, wie wohl sofort einige überanästhetische Interessenten an der anderen Wirtschaftsreform, dem Industriefalle, meinen werden. Es gilt nur den Kampf der Interessenten beider in geordnete Bahnen zu führen, damit nicht unser ohnedies gerütteltes Wirtschaftsleben durch dauernde Kriege ganz zusammenbricht. Hier muß ein Ausgleich der Interessen gefunden werden, weil ja die gegenseitige Abhängigkeit jeden Kampf zum Selbstmord machen würde. Sollte sich aber wirklich einmal ein unlösbarer Widerstreit ergeben, dann muß unserer heutigen Lage entsprechend die Entscheidung zugunsten der Landwirtschaft gefällt werden; natürlich nicht so, daß die Industrie mit all ihren Konventionen der agrarischen Raubgier — ein oft gebrauchtes Schlagwort — ausgeliefert wird, aber doch immer in der Weise, daß zum allgemeinen Wohle künftighin jeder Konflikt unterbunden ist, der eine agrare Fortentwicklung unseres Wirtschaftslebens kommen oder einschränken könnte. Die Notwendigkeit der Industrie wird hier bei keineswegs verkannt; doch auch unbegreiflich ist jedem, politisch vernünftig Denkenden der verblendete Haß mancher Politiker, welche immer wieder die Masse gegen die Landbevölkerung aufzuheben suchen. Die Unentbehrlichkeit der Landwirtschaft gerade für uns heute ergibt sich aus sozialen, staatlichen und nationalen Momenten. Man führe hier nicht England als Gegenbeispiel auf. Gerade es beweist, wie gefährlich es ist, seine Landwirtschaft aus dem der Industrie zu vernachlässigen. Selbstverständlich muß in anderen Ländern die Landwirtschaft anders behandelt werden; doch für uns heißt es eben sich nach den Verhältnissen des eigenen Landes richten.

Der Lebensnerv unseres Wirtschaftslebens ist der fruchtbare Boden des Landes und diese Erkenntnis müßte uns immer die Solidarität von Industrie und Landwirtschaft sichern. Sie sollte uns aber auch schon längst gezeigt haben, daß man eine Reichsreform, wie sie seit dem Umsturz bei uns durchgeführt werden soll, zuerst mit einer großzügigen Bauernpolitik einleiten muß. Hierzu muß der Staat Boden aufkaufen bzw. dieser muß von den Großgrundbesitzern gegen angemessene Entschädigung abgetreten werden, der dann in richtig bemessene Bauernstellen aufzuteilen ist. Diese Art der industriellen Konfessionierung muß unbedingt vom Staat in die Hand genommen werden. Es privater Tätigkeit zu überlassen, läßt von vornherein jeden Erfolg illusorisch machen. Der Private wird dem Ansiedlungsbedürfnis nie uninteressant gegenüberstehen und die Sucht, Besitz zu machen, ist ja heute besonders stark ausgeprägt. Der Staat dagegen kann sich selbstlos nur als Vermittler betrachten und seine Beauftragten werden deshalb auch die Kolonisten besser beraten.

Die Finanzierung dieser Sache ist auf verlässliche Weise möglich. Dies hier näher auszuführen, wäre zu weitläufig; doch macht gerade hierzu der Vorkämpfer einer gesunden Bodenpolitik, Adolf Damach, in seinen Schriften hierüber besonders in seinen „Aufgaben der Gemeindefinanz“, sicherlich allgemein beachtenswerte und sehr wohl brauchbare Vorschläge. Gewarnt muß besonders davor werden, die Sache kleinen, zu diesem Zwecke geschaffenen Unternehmungen zu überlassen. Diese werden niemals über genügend hohe Mittel verfügen und auch durch ein zu langsames Arbeiten nur mäßliche Erfolge erzielen können und damit ist der großen Sache nicht gedient. Der Großgrundbesitz wird sich ja stets einer solchen Reform gegenüber ablehnend verhalten. Doch dies ist bei der veränderten politischen Lage nicht mehr von so einschneidender Bedeutung, wie vormalig. Wir brauchen heute einen freien, selbständigen, wirtschaftlich wie national kräftigen Bauernstand. Die unbestreitbare Gleichheit des Bauern und des Großgrundbesitzers wird dann auch bald ein bundesgenossenschaftliches Verhältnis heransbilden.

Von gleicher Wichtigkeit, wie die Ansiedlungspolitik, ist die Landarbeiterfrage, welche im engsten Zusammen-

Detail 190. Kaiser Neu 1288. wa d 4240. ger 1 3578. dgl. asser rand 1. B. Mahl- r. 14. wachen rasso renstr. 3571. ulschaf llerstr. rasso 5 4918 1712. Se 46. haus eum on 210. nle u.S.W. artikel, 104. no. der-Sales klitik. vormalis & Neu in Baden. Arbeiter. rhräder- 172. rhräder- 02. /Baden. ad Metale. rreuter- rasso 5 ng. str. 227. arf Fern- a. Rh. onhaus 8. 8. und alle 5429. andlung ente Waldstr.

fürer von Au (Wirtschaft Vereinig.). — Die Gruppe der Deutschen Volkspartei wählte zum Vorsitzenden den Abg. Weber.

Hochschulstudium und Volksschullehrer

Das hessische Landesamt für das Bildungswesen hat eine Verordnung erlassen, durch die den Volksschullehrern das Hochschulstudium ermöglicht wird.

Ein Antrag der Deutschliberalen

Zur Frage des Fraktionsminimums unterbreiten die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei dem Landtag einen Antrag, in dem darauf hingewiesen wird, daß nach § 16, Absatz 4 der Geschäftsordnung für den badischen Landtag vom 20. Nov. 1919 Parteien, die nicht mindestens 7 Mitglieder zählen, nicht als Partei im Sinne dieser Geschäftsordnung gelten und daher die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei von der Möglichkeit einer Fraktionsbildung und Beteiligung an den Ausschüssen des Landtags ausgeschlossen seien.

Ein Wahlstand in Freiburg. Man schreibt unserm Freiburger Bruderblatt: Am Sonntag, 30. Oktober, nachmittags, kam nach 5 Uhr ein Auto zur Pflanzschule angefahren, aus dem Krankenträger in blauweißgezierter Kleidung Frauen in das Wahllokal des Wahlbezirks 11 hineintrugen, von denen eine fast völlig betäubt war, während die anderen hilflos waren.

Wiederholung des Warenverkehrs aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet. Die Handelskammer Karlsruhe macht darauf aufmerksam, daß nach Aufhebung der Sanktionen noch keine Wiederingang in dem System des Bestaufgangs und der damit verbundenen Vorschriften eintritt.

Gemeindepolitik

Badischer Städtebund

(Verband der mittleren Städte Badens)

Der Ausschuss des badischen Städtebundes hielt am 31. Okt. in Karlsruhe eine Sitzung ab. Aus den Verhandlungen sind folgende Punkte hervorzuheben. Die Besoldungsordnung für die hiesigen Beamten muß mit dem Reichs- und Landesbesoldungsgesetz in Einklang gebracht werden.

Die Kreditaktion

Ein Vorkopf der Industrie — Der bedrohte Achtstundentag — Das Gebot der Stunde

Wie bereits mitgeteilt, versammelte sich am 4. ds. Mts. in Berlin der Reichsverband der Industrie, um die Berichte über die bisherigen Verhandlungen mit ausländischen Finanzgruppen wegen Aufnahme von ausländischen Krediten zum Zwecke der Reparationsleistungen entgegenzunehmen.

In dieser Form wurde die Resolution nicht angenommen, sondern man einige sich nach längerer Diskussion, nachdem u. a. Reichsbankpräsident Sachse mit nachdrücklich für das Festhalten an der Kreditaktion eingetreten war, auf folgende Fassung:

Der Reichsverband der deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Verhandlung der Angelegenheit eingesetzten Ausschuss, der angemessen zu ergänzen ist, unter Zuziehung der deutschen Banken, die Verhandlungen zunächst mit der Reichsregierung mit dem Ziele weitgehender geldlicher Stützung des Reiches für Reparationszwecke fortzusetzen unter folgenden Voraussetzungen:

Von der Berliner Presse nahm die Derrn Tagesnachrichtende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu dem Beschlusse des Reichsverbandes Stellung. Unter der Überschrift: „Die Industrie hilft dem Reich“ bringt das Blatt eine wahre Lobeshymne auf den Opfergeist der deutschen Industriellen.

„Mit vollem Recht fordert die Industrie als Sicherheit eine sparsame Finanzwirtschaft in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung und die Anspannung aller vorhandenen produktiven Kräfte bis zum äußersten.“

Wie die Alten lungen . . .

Im „Volkfreund“ wurde kürzlich noch einer Darstellung des Genossen Dr. August Müller die Justizfrage in Erinnerung gebracht, die sich im Jahre 1908 in Wuppertal abgespielt hat.

Aur Zeit der Verurteilung Müllers rednierte ich die „Kosmische“ in Purohdt in Eschsen. Die Vorläuferin der heutigen „Kosmische“ in Purohdt in Eschsen. Die Vorläuferin der heutigen „Kosmische“ in Purohdt in Eschsen.

wenn mit dem bisherigen System nicht gebrochen wird, auf lange Jahre hinaus, ungeheure Zuschüsse verlangen, unerbittlich in geeigneter Weise umorganisiert, entbürokratisiert und so zu rentablen Betrieben gemacht werden.

Man weiß zur Genüge, was die Industrie unter ihrer Umgestaltung der großen Staatsbetriebe versteht. Die Anspannung aller vorhandenen produktiven Kräfte bis zum äußersten läßt darauf schließen, daß man das Verhältnis der Staatsbetriebe zu ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern ganz auf die Grundsätze kapitalistischer Ausbeutung umstellen will.

Wo alle Kreise des Volkes opfern, wird die Arbeiterschaft doch ihrerseits mit dem so außerordentlich wertvollen Gut ihrer Arbeitskraft nicht zurückhalten wollen! Deutschland kann nur durch angelegentlichste Tätigkeit wieder emporkommen. In dem achtstündigen Arbeitstag soll grundsätzlich nicht gerüttelt werden.

Als die klare Absicht, den Achtstundentag auszuhebeln, denn was um diese Frage herumgeschrieben wird, kann doch niemand täuschen. Schon aus diesen Andeutungen ist ersichtlich, welche große Schwierigkeiten in der aller nächsten Zeit in der inneren Politik Deutschlands aufstehen werden.

und meinte: „Na, Herr Schöpflin, Sie haben aber ganz enormen Dusein gehabt!“ — „Warum?“ fragte ich scheinbar ganz harmlos.

Vielleicht hatte mich die Freude darüber, den Fängen der schäblichen Gerechtigkeit in diesem Falle entronnen zu sein, etwas übermütig gemacht.

Dazu noch eine amüsante Geschichte. Wegen Verleitung eines Affenfabrikanten hatte mich das Schöffengericht Obernkau (Ergebirge) zu vierzehn Tagen verurteilt. Ein ganz verurteiltes Urteil. Ich legte Berufung an die Strafkammer nach Freiburg ein.

Die Verhandlung begann. Die fünf, schon etwas mummig ammutenden Herren Richter hörten sehr aufmerksam meine Rede an und als ich merkte, daß sie interessiert sind, spannte ich den Faden etwas weiter.

Arbeiter! Werbet für den Volkstrend.

Seibelsberg, 8. Nov. Bei den Ausgrabungen in der Ruine des Michaelsklosters auf dem Heiligenberg stieß man auf Mauerwerk von Bauten aus dem 9. Jahrhundert (Karolinger Zeit) und außerdem machte man die Entdeckung, daß die riesigen Blöcke der Mauer von einem Hauptheiligtum der Römer herrühren, das bekanntlich vor dem Kloster und seiner Kirche auf dem Heiligenberg gestanden hat.

Engen, 9. Nov. Die Landwirte der Gemarkungen Gerlingen, Schönbach und Nach-Eng haben zwei Waggonsladungen Kartoffeln unentgeltlich abgeliefert, von denen der eine an den Caritasverband in Freiburg und der andere an die Armen des Kreises Konstanz geht.

Freiburg, 9. Nov. Selbstmord. Eine ältere Frau von hier hat sich infolge Krankheit durch Gasvergiftung das Leben genommen.

Freiburg, 9. Nov. (Mord aus Eifersucht.) In der Verhuldfrage hat ein lediger, 34jähriger Wirtssohn seine Geliebte aus Eifersucht ermordet. Die Leiche der Getöteten war erst nach längerem Suchen aufzufinden, da sie der Mörder offenbar nach vollzogener Tat versteckt hat. Der Täter wurde verhaftet.

Kleine Mitteilungen. In Koenigsau wurde in einer der letzten Nächte dem Müller Leo Feucht ein Pferd im Werte von etwa 30 000 M aus dem Stall gestohlen. Das Pferd konnte wieder eingefangen werden, der Dieb aber entkam. — Den Eheleuten J. H. S. in Koenigsau, die ihre goldene Hochzeit feiern konnten, wurde vom Staatspräsidenten Trunz ein herzlich gehaltenes Gratulations schreiben überreicht mit einem Geldgeschenke von 200 M.

Von der badisch-württembergischen Grenze. Ein schweres Automobilunfall ereignete sich bei Besenfeld (C. A. Baderbrunn) ereignete. Ein mit Möbeln und Handrat vollgeladenes Auto fuhr infolge Versagens der Bremsen in rasender Fahrt die steile Straße hinab. Das Auto überschlug sich und vier Insassen wurden sehr schwer verletzt. Die ganze Ladung wurde vollständig zerstört.

Der Ausverkauf der oberbadischen Grenzstädte

Konstanz, 9. Nov. Die Vertreter der Stadt Konstanz, des Hauptamtes der Handelskammer, des Einzelhandels und des Ausführungsverkehrs beschäftigten sich gestern abend in einer Sitzung mit der Frage des Ausfuhrverkehrs nach der Schweiz, wobei vereinbart wurde, von je 100 M den Ausfuhrzuschlag von drei Franken zu erheben. Der Vertrag dient einem sozialen Zweck, nämlich zur Deckung der schweizer Milchsubvention der Stadt Konstanz. Wie die Konstanz Nachrichten hören, soll auch beabsichtigt sein, in der nächsten Zeit die Sammelausfuhrbestimmungen wieder einzuführen.

Strass, 9. Nov. Hier wurden in letzter Zeit innerhalb dreier Tage in einem Warenhaus über 2000 Damenhüte verkauft. Die Schweizer suchen noch immer die Grenzgegenden heim, um alles anzukaufen, was ihnen irgendwie wertvoll oder wünschenswert erscheint.

Ein hereingefallener Ministerver'eumder

Es ist bekannt, daß unsere Genossen in amtlichen staatlichen Stellen nur in den seltensten Fällen gegen die unzähligen gemeinen und niederträchtigen Verleumdungen und Ehrabschneidereien, die tagtäglich von den Feinden unserer Partei und der Republik gegen sie geschleudert werden, mit gerichtlichen Klagen vorgehen. Man läßt das Geinidel schreien und verleumden, der geund und vernünftig denkende Teil der Bevölkerung merkt von selbst, was hinter dieser Hebe steht. Und die wahren Verleumder und Ehrabschneider werden doch fast nie erreicht, es sind meistens die dummen und unerfahrenen Nachschwäber, die hüben müssen, während die wahren Schuldigen sich im Hintergrunde halten und sich geschickt den Zugriffen zu entziehen verheben. Manchmal aber, von Zeit zu Zeit, ist es doch nötig, einmal zugreifen, und einen der Verleumder zu fassen und vor Gericht zu ziehen, um ein Exempel zu statuieren und eine Verleumdung und Ehrabschneidererei öffentlich als Verleumdung und Ehrabschneidererei zu brandmarkieren.

In solch einer Maßnahme sah sich unser Genosse Minister des Innern, Remmele genötigt gegenüber einem Zeitungsartikel, der am Tage nach der Oppauer Katastrophe als Eingekleidet in einem Mannheimer Blatt, dem „Mannheimer Tageblatt“ erschienen war. In diesem Artikel, der von dem Mitgliede der technischen Nothilfe Mann im, Jakob Strobel, unterzeichnet war, und der die Ueberlieferung „Wo bleibt die Nächstenliebe?“ war beauftragt worden, die technische Nothilfe habe sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe eingreifen wollen, aber „hoher Befehl“ habe es verboten, nämlich Minister Remmele. Ohne dies Verbot, so heißt es weiter, hätten zweifellos noch viele Menschen gerettet werden können. Dieser schwere Angriff des Strobel war natürlich für die reaktionäre Presse ein gefundenes Fressen; „Süddeutsche Zeitung“, „Freisauer Zeitung“ und andere derartige Presseorgane griffen den Artikel auf und schälachten ihn gehörig gegen den verhassten Minister aus.

In diesen Behauptungen des Jakob Strobel war natürlich kein wahres Wort. Minister Remmele griff einmal zu und eroberte Privatklage gegen den Verleumder. Die Verhandlung fand Mittwoch mittag vor dem Schöffengericht Karlsruhe statt. Sie ergab, daß aber auch nicht die Spur von etwas Wahrem an den Angaben des Strobel ist. Im Gegenteil: Ministerialrat Leers, der als Zeuge vernommen wurde, teilte mit, daß er als Vertreter des Ministers am Unglücksort mit Ministerialrat Leers nach Mannheim gefahren sei, daß ihm dort vom Polizeidirektor mitgeteilt worden, daß die technische Nothilfe eingreifen wolle, und daß er, Herr Leers sofort ohne weiteres zugestimmt habe, daß die technische Nothilfe in Tätigkeit trete. Herr Ministerialrat Leers stellte aber weiter fest, daß das Eingreifen der Mannheimer technischen Nothilfe sowohl vom Bürgermeister in Ludwigshafen, wie auch von dem dortigen Kreisdirektor, wie auch von einem Ingenieur der Anilin- und Sodafabrik, der die Aufräumungsarbeiten leitete, für unnötig erklärt und abgelehnt worden sei. Das Lügegebäude des Strobel brach also jämmerlich zusammen. Es muß allerdings bemerkt werden, daß sowohl das Gericht wie auch jeder Publizist aus dem Benehmen des Angeklagten Strobel den Eindruck gewann, daß auch hier wieder der Angeklagte nur der dumme Vereingefallene ist, während die wahren Schuldigen sich zu drücken verheben. Bezeichnend ist ja auch, daß die zwei geladenen Zeugen, ein Ingenieur Zeiß und ein Ingenieur Mähri, die damals in der Leitung der technischen Nothilfe waren, zur Verhandlung am Mittwoch nicht erschienen, sie wurden deshalb in eine Geldstrafe von je 100 M genommen. Die Verhandlung ergab also die vollständige Haltlosigkeit der Angriffe gegen Minister Remmele. Der Vertreter unseres Genossen Remmele, Genosse Marum, wies auf die Ungeheuerlichkeit der in dem Artikel erhobenen Anschuldigungen hin, die den Minister entgegen seiner sonstigen Gewohnheit nötigte, Klage zu erheben. Die Schwere der Anschuldigungen machte eine empfindliche Strafe nötig; er beantragte eine annehmevollere Freiheitsstrafe. Nach längerer Beratung wurde das Urteil gefällt, wonach Strobel zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt wird; außerdem wird das Urteil im „Mannheimer Tageblatt“ und in der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht. In der Begründung des Urteils führte der Richter aus, daß das Gericht festgestellt habe, daß der Inhalt des Artikels in kräftigster Weise die Wahrheit stehe; der Angeklagte habe leistungsfähig gehandelt.

Damit hat nun wieder einmal ein von der Spitze der Verleumder und Ehrabschneider den verdienten Denkzettel erhalten. Das „Mannheimer Tageblatt“ hatte schon vorher die Angriffe gegen den Minister mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Das Gericht hat zwar dem Antrag des Verteidigers, das Urteil in einer Reihe weiterer Blätter zu veröffentlichen, nicht statt. Der Richter sprach die Ansicht aus, daß wohl die Blätter von sich aus von der Ansehenheit Vorzug nehmen werden. Wir hoffen, daß diese Ansicht des Richters keine irrige ist. Wir haben da andere Erfahrungen gemacht und wir werden so frohen, ob die „Süddeutsche Zeitung“ und ihre gescheiterten Schwelgerpapiere den Anstand aufbringen, den Ausgang des Prozesses ihren Lesern mitzuteilen.

Gewerkschaftliches

Zur Aussperrung bei Benz in Mannheim

Die ein klassischer Willkürakt eines übermütigen Unternehmens darstellt, schreibt die „Mannheimer Volksstimme“ u. a.:

Die Firma Benz ist als ein Betrieb bekannt, in dem die Menschen am meisten ausgebeutet werden. Die raffiniertesten Arbeitsmethoden werden bei der Produktion angewendet. Das Taylorsystem in seiner geistigsten Art, das die Menschen zu Maschinen herabdrückt und jede Individualität verflüchtigt, findet in diesem Betrieb seine krankhafteste Anwendung. Die Arbeitspreise sind infolge dieser Methode um nur ein Geringes gegenüber den Friedenspreisen erhöht worden und stehen mit den Verdiensten der Arbeiter in einem schmerzlichen Missverhältnis. Fast alles ist aus den Taschen der Arbeiter herausgeholt worden. Nicht genug damit. Neue Mittel und Wege werden von der Direktion gesucht, um noch mehr herauszukriegen. Während der Abwesenheit der Arbeiter werden Probenarbeiten von technischen Beamten ausgeführt, die dann als Grundlage für neuen Arbeitspreispelationen genommen werden sollen. Es verhält sich selbst, daß solche Kalkulationen auf Möglichkeit keinen Anspruch erheben können, weil alle Voraussetzungen, unter denen täglich die Arbeit von dem Arbeiter vorgenommen und ausgeführt werden müssen, unberücksichtigt oder nur sehr wenig beachtet werden.

Einen Arbeitspreis auf Grund einer solchen Arbeitsmethode zu kalkulieren, ist mehr als ein beides Unterzählen und kann bei den Arbeitern nichts anderes als Enttäuschung und Empörung auslösen. Daß die Arbeiter sich gegen solche Mittel der Ausbeutung mit aller Entschiedenheit wehren, ist letzten Endes ihr gutes Recht.

Wenn wir hiermit den nun auf's Pfahler geworbenen Arbeitern unsere volle Unterstützung im Kampfe gegen rücksichtslose Ausbeutungsgelüste zusagen, so wollen wir damit nicht sagen, daß wir mit dem unwiderprochen betreten müßten, was von einzelnen Arbeitern gegenüber einigen technischen Beamten getan wurde; obwohl wir für die Ursache der Empörung volles Verständnis haben. Die Arbeiterorganisationen sind heute derart an Einfluß und an Macht groß, daß es sehr gut möglich gewesen wäre, diesen neuen Anschlag auf die Gesundheit der Arbeiter mit Erfolg zu parieren, ohne daß es zu Kollisionen zwischen Arbeitern und Angestellten zu kommen brauchte.

Daß die Arbeiter jetzt in ihrem vollen Recht zu sein glauben, dazu hat die Direktion mit ihren drakonischen Maßnahmen neue Nahrung gegeben. Wir bestreiten mit aller Entschiedenheit die Notwendigkeit dieser Aussperrung. Der Direktion wären Mittel genügend zur Verfügung gestanden, sich auf irgend eine Art Autorität zu verheben. Das ist der Direktion sicherlich auch bekannt. Aber man will durch die drakonischen Maßnahmen die anderen treffen und dadurch die Arbeiterchaft entzweien, indem man Unschuldige für „Schuldige“ hüben läßt. Tatsächlich befinden sich die wirklich Schuldigen nicht unter den Aussperrten; sie sitzen ganz wo anders. Die Arbeiter trifft diese Aussperrung angeht die furchtbare Teuerung doppelt hart, zudem stehen auch noch die Weihnachtsfeiertage vor der Tür. Solche Dinge sind für die Verheerter der rücksichtslos kapitalistischen Ausbeutungsvirtusfäden, über die sie nicht stolpern. Ob die Aussperrten nun dem Reich und der Gemeinde zur Last fallen, hört sie wenig. Brauchen da noch unruhige Elemente zu hehen? Ist das nicht mehr gehebt und die Arbeiter aufgebracht?

Das badische Arbeitsministerium wird sich ein Verdienst erwerben, wenn es rechtzeitig herzutreten wird, die Differenz aus der Welt zu schaffen. Es geht nicht an, die Arbeiter auf dem Pfahler liegen zu lassen, bis die Direktion ihr Mühen gesüßt hat.

Verhandlungen mit den Benzwerken

M.D. Mannheim, 9. Nov. In einer vom Landeskommissar als Demolierungskommission bezeichneten Besprechung zwischen der Direktion der Benzwerke und den Arbeitervertretern wurden die Bedingungen erörtert, unter denen die Firma Benz den Betrieb wieder aufnimmt. Die Direktion verlangte Garantien dafür, daß künftig Ruhe und Ordnung in den Betrieben herrscht und die persönliche Freiheit der Betriebsbeamten gewährleistet wird. Sie hält es für unerlässlich, daß die Arbeiter, die wiederholt Ruhe und Ordnung in den Betrieben gestört und Anlaß zu Demonstrationen gegeben haben, von der Wiedereinstellung ausgenommen werden. In heute stattfindenden Verhandlungen der Arbeiter wird zu diesen Bedingungen Stellung genommen.

Wie die „Volksstimme“ mitteilt, besteht die Hoffnung, daß die Differenzen bei der Firma Benz u. Co. noch in dieser Woche beigelegt werden.

Verammlung der Aussperrten

Die Arbeiterchaft der Firma Benz u. Co. nahm gestern in einer im Abwesenheit abgehaltenen Versammlung zu der Aussperrung Stellung. Die Stimmung der Anwesenden war äußerst erregt. Von der Versammlungsleitung wurden die Bedingungen bekannt gemacht, die die Firma Benz für die Wiedereinstellung des Betriebs stellt. Von verschiedenen Rednern wurden diese Bedingungen als völlig unannehmbar bezeichnet. Der Leiter der Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes warnte die Arbeiterchaft eindringlich, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Der Vertreter der Arbeiterchaft warnte ebenfalls vor unüberlegten Schritten und erhält die Zustimmung der Versammlung, zunächst eine Funktionärversammlung sämtlicher Betriebe Mannheims zur Stellungnahme einzuberufen.

Briefkasten der Redaktion.

Arbeiter-Jugend Durlach. Hinweis für Montag abend ging erst Mittwoch mittag ein, konnte also nicht mehr gebracht werden.

Schreibkennung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Beiträge, Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Politik: Volz; für dem Parte, Gemeindevorstand, Aus der Partei, Berichtsgewinnung und Reaktionen Hermann Winter; für Aus der Partei, Gemeindevorstand, Soziale Rundschau, Genossenschaftsvereine, Jugend und Sport, Kreisleiter Josef Gieseler; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Unser heutige Auflage liegt ein Prospekt der Firma Ph. Steuer Sohn, Spezialfabrik orthopädischer Artikel und Bandagen, Amstutz, bei, welchen wir besonderer Beachtung empfehlen. Ganz besonders verdienen wir auf die im Prospekt näher bezeichneten Schenkungen, welche in den Tagen von Freitag bis Sonntag in Bruchsal, Karlsruhe und Wastatt abgehalten werden. 7057

Kaufmanns Etagegeschäft für Offenbacher Lederwaren. 611 Steinstraße 611. bietet günstige Vorteile beim Einkauf für den Weihnachtsbedarf in. Damen-, Besuchs- und Berufs-Taschen, sowie Akten-Mappen, Geldscheintaschen, Zigaretten- u. Zigaretten-Etuis, Brieftaschen und Portemonnaies. 7053

Neu! Tisch-Schreibbank „Vorwärts“ Neu! mit Vorber- u. Hinterzange D.R.G.M. & 75. — Mit Pat. auf jed. Tisch. Garantie. Handwerkszeug. Berl. Prop. grat. Einzelt. Preis 488, Kasse r. 57.

Dr. med. Otto Wimpfheimer hat sich als prakt. Arzt Zähringerstr. 90 (bei der Kreuzstr.) niedergelassen. Sprechstunde 11-1 Uhr. Teleph. 288.

Die führende Tafel-Margarine! SENNEREI Vereinigte Margarine-Werke Nürnberg. Generalvertreter: Lebkuchen & Hirsch, Mannheim, Dammstraße 82, Telefon Nr. 2294.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner guten Frau und Mutter, sage ich meinen Freunden und Bekannten, besonders dem Sängerkund „Vorwärts“ für die letzte Ehrung, sowie Herrn Stadtpfarrer Weidmeyer für seine tröstlichen Worte meinen herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen: Albert Ruff, nebst Kindern.

Bevor Sie Damen-Pelze kaufen, besuchen Sie zuerst das Pelzhaus Lehmann Zirkel 32, 1 Treppe hoch. Sie finden hier 6703 Grosse Auswahl! Elegante Verarbeitung! Mässige Preise!

